

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



JENSEITS DER AUFREGUNG

**Mythen und Fakten
zu Flucht und Migration**

luxemburg argumente

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Nach jahrzehntelanger Realitätsverweigerung wurde diese Tatsache erst 2001 offiziell anerkannt. Heute scheint das wieder vergessen. Migration ist das große Reizthema unserer Zeit. Nicht nur in Deutschland ist Nationalismus wieder in Mode. Kein Tag vergeht ohne neue schrille Rufe nach Abschottung, Abschreckung oder Abschiebung. Die Errungenschaften der Kämpfe für die Migrationsgesellschaft drohen dem Aufstieg der politischen Rechten und dem wieder wachsenden Rassismus zum Opfer zu fallen.

Als der damalige Innenminister Horst Seehofer 2018 Migration als «Mutter aller Probleme» bezeichnete, sorgte das noch für politisches Aufsehen. Heute ist diese Diagnose **Mainstream**. Die Bezeichnung von Fluchtmigration als «irreguläre Einwanderung» ist dafür ein gutes Beispiel. Der Begriff steht im Zentrum der menschenverachtenden migrationspolitischen Agenda der Alternative für Deutschland (AfD), hat aber längst Einzug in die offizielle Sprache der Bundespolitik gehalten. Auf diese Weise wird der Bereich des Sagbaren verschoben, rechtspopulistische Politik normalisiert und der falsche Eindruck erweckt, Geflüchtete wählten «illegale» Routen nur deshalb, weil sie keinen berechtigten Anspruch auf Schutz hätten. So sterben Jahr für Jahr Hunderte und Tausende auf der Suche nach einem sicheren Hafen.

Gerechtfertigt werden immer drastischere Maßnahmen der Migrationsbegrenzung mit dem Verweis auf Überforderung: Unser Sozialstaat könne sich so viel Migration nicht leisten, «die Ausländer» nähmen «uns» die Wohnungen weg, die Kommunen seien an der Belastungsgrenze, und die öffentliche Sicherheit könne nicht mehr garantiert werden. Die Bekämpfung der Fluchtmigration erscheint dann als vermeintlich vernünftige Lösung für die multiplen Krisen der Gegenwart. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Abschottungspolitik verschärft auch die soziale Krise im Inneren.

Der gegenwärtige Erfolg der radikalen Rechten ist ohne die Kraft solcher Mythen kaum denkbar. Umso wichtiger ist es, ihnen Fakten entgegenzusetzen. Welche Ängste und Erfahrungen stehen hinter der Ablehnung von Migration? Wie können die Krisen von Sozialstaat, Wohnungsmarkt und kommunaler Daseinsvorsorge wirklich bewältigt werden? Wie ist eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik umsetzbar? Mit Antworten auf diese und weitere Fragen will diese Broschüre der emotionalen, oft auch irrationalen Debatte begegnen und Alternativen im Umgang mit Migration aufzeigen.

INHALT

1	«Die Geflüchteten nehmen uns die Wohnungen weg»	2
2	«Die Grenze der Aufnahmefähigkeit ist erreicht»	6
3	«Geflüchtete kommen, weil es ihnen hier zu gut geht»	10
4	«Mehr Migration kann sich Deutschland nicht leisten»	16
5	«Migration erhöht die Kriminalität»	19
6	«Migration heißt Einwanderung von Islamismus, Sexismus und Antisemitismus»	25
7	«Wir müssen die Kontrolle über unsere Grenzen wiedergewinnen»	29
8	«Eine harte Migrations- und Asylpolitik schwächt die AfD»	34

«DIE GEFLÜCHTETEN NEHMEN UNS DIE WOHNUNGEN WEG»

«Wer praktisch von heute auf morgen zwei Millionen illegale Migranten ins Land lässt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der Wohnungsmarkt Kopf steht und viele Menschen in unserem Land keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden»

(Marc Bernhard, AfD-Bundestagsabgeordneter)¹

Wie wird argumentiert?

Die anhaltende Wohnungsnot in vielen deutschen Städten wird zunehmend mit der hohen Zuwanderung der letzten Jahre in Verbindung gebracht. Die durch Migration erhöhte Einwohnerzahl in Ballungsräumen setze den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt zusätzlich unter Druck. Durch den Zuzug Geflüchteter und anderer Migrant*innen verschärfe sich der Wohnungsmangel, insbesondere bei den Sozialwohnungen, und der deutsche Staat vermittele bevorzugt Geflüchteten Wohnungen. Deswegen sei eine deutlich begrenzte Zuwanderung notwendig, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu stabilisieren.

Was ist dran?

Bei ihrer Ankunft in Deutschland ziehen Asylsuchende zunächst gar nicht in eine eigene Wohnung, sondern werden in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Inzwischen können sie verpflichtet werden, dort bis zu 18 Monate zu verweilen. Tatsächlich bleiben viele Geflüchtete sogar noch länger in solchen Einrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften. Die Kommunen machen die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt dafür verantwortlich.

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere in großen Städten und ihrem Umland, führt zu einer seit Jahren anhaltenden Wohnungskrise. In Deutschland fehlen mindestens 910.000 Sozialwohnungen. Von den fast drei Millionen Sozialwohnungen im Jahr 1990 waren 2023 nur noch etwas mehr als ein Drittel übrig. Grund sind Privatisierungen, auslaufende Sozialpreisbindungen und der schleppende Neubau von

Sozialwohnungen.² Die Ampelregierung hatte den Bau von 100.000 neuen Sozialwohnungen jährlich versprochen, gebaut wurden 2023 nur rund die Hälfte.³

Doch nicht nur der immense Mangel an Sozialwohnungen ist ein Problem für Mieter*innen. Laut Hans-Böckler-Stiftung fehlten 2023 insgesamt 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen.⁴ Die unaufhaltsam steigenden Mieten machen das Leben für viele Menschen unbezahlbar. So stiegen die Bestandsmieten in Großstädten zwischen 2010 und 2022 durchschnittlich um 25 Prozent, die Mieten für neu vermietete Wohnungen gar um fast 80 Prozent.⁵

Doch Schuld daran ist nicht die Migration. Städte mit starken Mietsteigerungen wie Mannheim, Stuttgart oder Nürnberg verzeichnen höchstens durchschnittlich wachsende Bevölkerungen. Umgekehrt haben Städte wie Leipzig und Münster trotz starkem Zuzug nur unterdurchschnittliche oder gar keine Mietanstiege. Auch bei Neuvermietungen zeigt sich kein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Mietpreisen.⁶

Steigende Mieten sind also nicht einfach Folge von zu hoher Nachfrage bei zu geringem Angebot. So verzeichnen Städte wie Berlin, die seit Jahren attraktive Orte für Immobilienspekulation sind, viel höhere Mietsteigerungen als andere Städte.

Ein wesentlicher Faktor für die explodierenden Mieten ist die Ökonomisierung des Wohnungswesens. Wenn Wohnungsbau und -versorgung auf Profitmaximierung ausgerichtet ist und nicht als öffentliche Daseinsvorsorge verstanden wird, ist es nicht verwunderlich, dass viele Investoren lieber lukrative Bürogebäude oder Luxuswohnungen mit hohen Mieten bauen als bezahlbaren Wohnraum. Mit der Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahr 1990 und der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände wurde der Weg für Finanzinvestoren und ihre Profitlogik auf den Wohnungsmärkten geebnet. In der Folge wurden Wohnungen zunehmend als Finanzprodukte betrachtet. Finanzakteure wie Immobilien-AGs oder Pensionsfonds, deren Hauptziel die Profitmaximierung ist, begannen, massiv in den Wohnungsmarkt zu investieren. Die Fokussierung auf Renditen führte zu steigenden Mieten und Verdrängungseffekten insbesondere in urbanen Ballungsräumen. Innerhalb des profitorientierten und verknappten Wohnungsmarktes sind Geflüchtete und andere Migrant*innen einfach



Soziale und
ökologische
Transformation

Schulen
und
Sportstätten

Pflege-
system
erhalten

Bezahlbarer
Wohnraum

nur Menschen, die bei ihrer Wohnungssuche auf eine höchst angespannte Situation treffen. Die jahrzehntelang verfehlte Wohnpolitik des Bundes hat eine starke Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt hervorgerufen, vor allem im niedrigeren Preissegment, wobei strukturelle rassistische Diskriminierung es für viele Geflüchtete noch schwieriger macht, eine Wohnung zu finden.⁷ Deshalb weichen sie immer häufiger in strukturschwache Regionen aus, in denen der Mietmarkt weniger angespannt ist und Wohnungen überhaupt noch zu finden sind. Dies erschwert jedoch auch den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Integration in andere gesellschaftliche Bereiche.

Die Ursache der Wohnungskrise in der Migration zu suchen lenkt von den eigentlichen Ursachen nur ab. Gleichzeitig verschärft sich der ohnehin existierende Mangel an bezahlbaren Wohnungen natürlich durch jede Person, die eine Wohnung in angespannten Wohnungsmärkten sucht – ob zugewandert oder nicht. Allen in Deutschland lebenden Menschen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen ist Aufgabe der Politik. Fluchtmigration kann dabei ein Schlaglicht auf die Mietkrise werfen und politische Entscheidungsträger*innen an diese Aufgabe erinnern.

Fazit

Ein Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen vor allem in Ballungsräumen ist ein Problem, das nicht durch Migration verursacht wird, aber durch Migration verschärft werden kann. Dort, wo das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen aufgrund der Ökonomisierung des Wohnungswesens knapp ist, entsteht Konkurrenz. Diese politisch noch anzuheizen und migrationspolitisch auszuschlachten, ändert an der Wohnungsmarktlage und den Ursachen für die Probleme allerdings nichts. Politische Verantwortung auf dem Feld der Wohnpolitik zu übernehmen hieße, den sozialen Wohnungsbau zu intensivieren und der finanziellen Spekulation mit Wohnraum sowie profitorientierten Logiken in diesem Bereich einen Riegel vorzuschieben.

«DIE GRENZE DER AUFNAHMEFÄHIGKEIT IST ERREICHT»

«Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der Kommunen ist [...] erschöpft. Eine Begrenzung der irregulären Migration ist dringend erforderlich.»
(Deutscher Landkreistag)⁸

Wie wird argumentiert?

Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen sind in Deutschland Aufgabe der Kommunen. Dass diese überschuldet, ihre Infrastrukturen überlastet und etwa Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren und die kommunale Verwaltung überfordert sind, sei wesentlich auf die anhaltende Fluchtmigration zurückzuführen. Einige sprechen zusätzlich von «kultureller Überfremdung», sie fühlten sich «im eigenen Land nicht mehr zu Hause». Diese Situation der Überforderung und Überlastung vor Ort könne nur durch eine deutliche Begrenzung von Fluchtmigration verbessert werden.

Was ist dran?

Entwicklungen von Migrationsbewegungen, wie sie Deutschland 2015/16 erlebt hat und seit 2022 durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erneut erlebt, haben direkte Auswirkungen auf Kommunen. Denn Kommunen sind die (Verwaltungs-)Orte, an denen Schutzsuchende ankommen, sich neu orientieren und Arbeit, Wohnraum sowie gesundheitliche und soziale Versorgung suchen. Deshalb spielt die kommunale Verwaltung eine zentrale Rolle: Ihre Handlungsmöglichkeiten, ihr Engagement und ihre Ressourcen bestimmen maßgeblich den Erfolg der Ankunfts- und Integrationsprozesse von Geflüchteten.

Die vielfältigen und komplexen Aufgabenstellungen konfrontieren die Kommunen mit großen Herausforderungen. So hat eine der wenigen empirischen Untersuchungen zum tatsächlichen Überlastungsstand von Kommunen im Hinblick auf die Bewältigung von Fluchtmigrationsprozessen aus dem Jahr 2024 gezeigt, dass sich viele Kommunen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben belastet oder gar überlastet fühlen.⁹ Das be-

trifft vor allem die Auslastung von Ausländerbehörden und die Kinderbetreuungsangebote. So gaben rund 40 Prozent der befragten Kommunen an, sich hinsichtlich der Arbeit der Ausländerbehörden in einer herausfordernden, aber noch machbaren Situation zu befinden, nur etwas mehr als die Hälfte sagten, sie seien diesbezüglich «überlastet, im Notfallmodus». Hinsichtlich der kommunalen Kinderbetreuungsangebote gaben knapp 45 Prozent der befragten Kommunen an, sich in einer überlasteten Situation zu befinden. Es gibt sie also, die Überlastungssituationen für einige Kommunen, aber eben nicht für alle. Denn die Ergebnisse der Befragung belegen auch, dass über 50 Prozent der befragten Kommunen in den Bereichen Kinderbetreuung und Arbeitsmarktintegration sowie über zwei Drittel der Befragten in den Bereichen Schule und Beratungsangebote für Zugewanderte *nicht* überlastet sind.

Die entscheidende Frage für die Bewertung des Einflusses von Fluchtmigration auf die Überlastung von kommunaler Verwaltung und Infrastruktur sollte daher nicht lauten, *ob* Kommunen überlastet sind, sondern *warum* sie es sind. Zwei Aspekte, die unabhängig von Migrationsprozessen entstanden sind und bestehen, sind dabei zentral: die strukturelle Unterfinanzierung und die komplexen Aufgabenstellungen der Kommunen.

So sind wichtige kommunale Bereiche wie Kinderbetreuung, Schulen und Verwaltung chronisch unterfinanziert. Verfehlte Sozialpolitiken haben allein im Bereich der Kinderbetreuung Investitionsrückstände von 12,7 Milliarden Euro auflaufen lassen und treiben die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Daseinsvorsorge-Pflichten zur Verzweiflung.¹⁰ Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung von 2023 gehen von 430.000 fehlenden Kita-Plätzen für alle aus. In den Bereichen Schule, Wohnen, Gesundheit, Sport und Kultur – alles zentrale Säulen der kommunalen Daseinsvorsorge – summiert sich der Investitionsrückstand auf bundesweit rund 75 Milliarden Euro.¹¹

Auch die Komplexität der Aufgaben, die Kommunen bei der Bewältigung von (Flucht-)Migrationsprozessen wahrnehmen müssen, führt zur Auslastung kommunaler Strukturen. So ist die Arbeitsbelastung der Ausländerbehörden in den letzten Jahren stark gestiegen. Drei Viertel der befragten Behörden beklagen das hohe Tempo beim Erlassen neuer gesetzlicher Regelungen zur Migration. Allein zwischen 2020 und 2024 gab es 37 Änderungen im bundesdeutschen Aufenthaltsgesetz, ohne

dass ausreichend bedacht worden wäre, wie diese in den mehr als 600 bundesdeutschen Ausländerämtern umgesetzt werden sollen. Die Kommunen bemängeln, dass sie bei solchen Gesetzesänderungen zu wenig eingebunden werden und die Verabschiedung neuer Gesetze oftmals politischen Interessen folge. Der Deutsche Landkreistag kritisierte beispielsweise 2023 den Entwurf eines neuen Bundesgesetzes zur Fachkräfteeinwanderung mit den Worten: «Die mangelhafte Einbindung der Praxis fällt im vorliegenden Fall besonders ins Gewicht, weil es keinerlei sachliche, sondern ausschließlich politische Gründe für das gewählte Eilverfahren gibt. [...] Die Gesetzeslage wird immer unübersichtlicher. Es ist selbst für ausgewiesene Experten nahezu unmöglich, diese in Gänze zu überblicken, auch im Hinblick darauf, dass die Vorschriften [...] in schneller Abfolge wieder geändert werden.»¹²

Dass Flucht- und Migrationsaufkommen nur sehr eingeschränkt plan- und steuerbar sind, sollte spätestens seit dem «langen Sommer der Migration» 2015/16 – als viele Geflüchtete auf einmal in Deutschland ankamen und eine breite gesellschaftliche Migrationsdebatte folgte – bekannt sein. Das hätte Überlegungen auslösen müssen, wie Kommunen auf ähnliche Ereignisse besser vorbereitet werden können. Denn wenn viele Migrant*innen auf einmal auf die ohnehin schon – aufgrund chronischer Unterfinanzierung oder komplexer Aufgabenstellungen – ausgelasteten kommunalen Infrastrukturen treffen, werden hausgemachte Probleme selbstverständlich verstärkt.

Gute Migrationspolitik würde demnach bedeuten, kommunale soziale Infrastrukturen für alle auszubauen. Engpässe in Bereichen wie Wohnen, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung erschweren nicht nur die Integration von Neuankömmlingen und die Arbeit von Kommunen, sondern wirken sich auch nachteilig auf die schon länger ansässige Bevölkerung aus.

Die vermeintlichen Grenzen der Aufnahmefähigkeit Deutschlands werden jedoch nicht nur hinsichtlich infrastruktureller Überlastungen beschworen, auch von «kultureller Überfremdung» durch Migration ist immer wieder die Rede. Dabei zeigen Studien regelmäßig, dass das Gefühl der Bedrohung durch Migration immer dort am stärksten ist, wo wenige oder keine Migrant*innen leben.¹³ Ein faktischer Zusammenhang zwischen der Existenz von Migrant*innen und «Überfremdungs-

gefühl» besteht also nicht. Und selbst wenn solche «Ängste» durch eine hohe migrantische Präsenz ausgelöst würden: Wer von «kultureller Überfremdung» spricht, bedient einen völkisch-rassistischen Diskurs, der zwischen einem homogenen deutschen «Wir» und einem homogenen migrantischen «Anderen» unterscheidet und dabei eine vermeintliche «kulturelle Differenz» als Kennzeichen dieser Andersheit hervorhebt. Migration wird dann als reine Störung, Irritation und Auflösung des homogenen deutschen «Wir» wahrgenommen.

Wenn Pegida die «Islamisierung des Abendlandes» beklagte oder die AfD nationalsozialistische Begriffe wie «Umvolkung» benutzt, um damit Migration zu beschreiben, sind das nur die drastischsten Ausdrücke einer tief verwurzelten deutschen Vorstellung von Gesellschaft und Nation, die Abstammung zum Prinzip von Zugehörigkeit erhebt. Als Konsequenz verwehren sie Menschen, die neu zugewandert sind, aber auch jenen, die schon in dritter oder vierter Generation in Deutschland leben, hier geboren und aufgewachsen sind, den Anspruch auf Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Eine migrationspolitische Instrumentalisierung dieser Vorstellungen und die Erzählung von Migration als Störung einer angeblich intakten und homogenen deutschen Gesellschaft befeuert dabei rassistische Unterscheidungen.

Gerade in einer Zeit des Aufstiegs der autoritären Rechten wären andere Formen der (politischen) Unterscheidung sinnvoller – beispielsweise die zwischen Demokrat*innen und Anti-Demokrat*innen. Eine offensive Erzählung von Deutschland als Migrationsgesellschaft, in der Migration als selbstverständlicher Teil der deutschen Geschichte verhandelt werden würde, wäre ein guter Anfang. Eine migrationspolitische Instrumentalisierung rassistischer Ressentiments und Vorstellungen von Gesellschaft ist es hingegen nicht.

Fazit

Selbstverständlich kann es eine große zusätzliche Belastung für kommunale Verwaltung und Infrastruktur bedeuten, wenn wie 2015/16 oder 2022 sehr plötzlich sehr viele Schutzsuchende in Deutschland ankommen. Doch viele Überlastungssituationen entstehen und existieren unabhängig von der Ankunft Geflüchteter. Der Bund und die Kommunen selbst haben dafür Sorge zu tragen, dass Kommunen finanziell, personell und in-

frastrukturell in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Der Ruf nach Begrenzung von Fluchtmigration ist weniger eine sachlich begründete Reaktion auf kommunale Überlastungen als vielmehr Ausdruck politischer Interessen. Studien zeigen, dass der Investitionsrückstand bei kommunalen Infrastrukturen ein zentrales Problem darstellt, auch für gelingende Integration. Eine evidenzbasierte Migrationspolitik müsste bestrebt sein, die Kommunen zu stärken, statt Migration pauschal zu begrenzen. Die politische Instrumentalisierung von rassistischen Vorstellungen darüber, wer Teil der deutschen Gesellschaft ist und wer nicht, verkennt darüber hinaus die migrationsgesellschaftliche Wirklichkeit Deutschlands und ebnet den Weg für eine weitere Akzeptanz völkischer Vorstellungen von gesellschaftlicher Zugehörigkeit.

3

10

«GEFLÜCHTETE KOMMEN, WEIL ES IHNEN HIER ZU GUT GEHT»

«Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt.»
(Horst Seehofer)¹⁴

Wie wird argumentiert?

Menschen kämen nach Deutschland, weil ihnen das im internationalen Vergleich gut ausgebaute deutsche Sozialsystem und die gute Infrastruktur hierzulande ein angenehmes Leben ermöglichen, zum Teil sogar, ohne arbeiten zu müssen. Der deutsche Sozialstaat sei ein sogenannter Pull-Faktor, der Geflüchtete in die Bundesrepublik «ziehe». Geflüchtete würden sich Deutschland als Zufluchtsort aussuchen, um hier Sozialhilfe zu empfangen. Sie würden das Asylsystem auf diese Weise für den persönlichen Vorteil ausnutzen und so zu den sozialstaatlichen Problemen der Bundesrepublik beitragen. Deshalb müssten Asylbewerberleistungen gekürzt, Bürgergeld oder Gesundheitsleistungen für Geflüchtete begrenzt und Bezahlkarten statt Bargeld ausgegeben werden.



WE'RE
HIRING

WILL
KOMMEN

REFUGEES
WELCOME

KEINER
MUSCH
SUCHT
WOHNUNG

SUCHE
JOB

STOPP
AUSLÄNDER

STOP

Was ist dran?

Seit Jahrzehnten wird behauptet, dass Menschen nach Deutschland migrieren würden, um sozialstaatliche Leistungen zu beziehen. Diese Argumentation beruht im Kern auf dem sogenannten «Push & Pull»-Modell, mit dem seit den 1960er-Jahren internationale Migrationsbewegungen analysiert werden. Man nimmt auf dieser Grundlage an, dass Menschen entweder durch ungünstige Bedingungen in ihrer Herkunftsregion zum Verlassen ihres Wohnorts gedrängt («Push-Faktoren») oder von attraktiven Gegebenheiten in einer Zielregion angezogen («Pull-Faktoren») werden. Sozialstaatliche Leistungen in Deutschland sind in diesem Modell ein wesentlicher «Pull-Faktor».

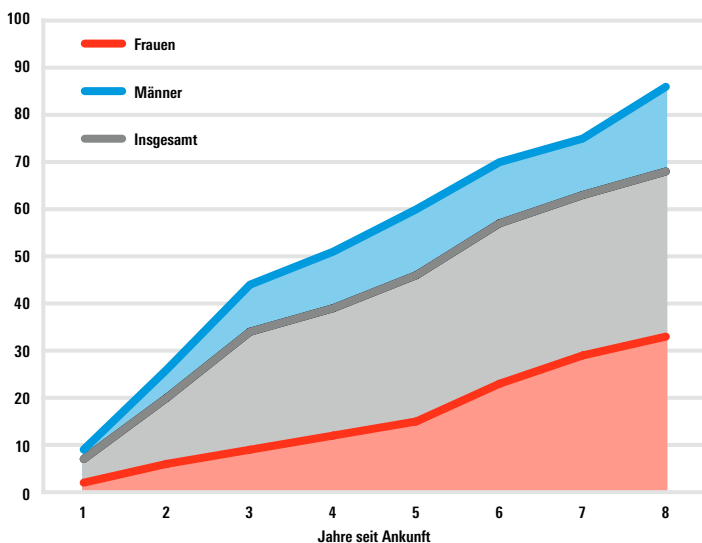
In der Migrationswissenschaft gilt dieses Modell zur Erklärung von Migrationsbewegungen schon lange als überholt. Studien belegen, dass erhoffte Sozialleistungen nur in sehr geringem Maße – wenn überhaupt – migrationsentscheidend sind. Für Sozialausgaben lässt sich kein signifikanter Einfluss nachweisen und auch im Bereich der Gesundheitsausgaben zeigen sich lediglich sehr geringe Effekte.¹⁵ Diese Befunde der empirischen Forschung unterscheiden sich deutlich von den öffentlichen Debatten, in denen der «Pull-Faktor» von Sozialleistungen häufig betont und für eine finanzielle Überforderung des Sozialstaats verantwortlich gemacht wird.

Davon abgesehen stammen von den insgesamt knapp 4,7 Millionen erwerbsfähigen Menschen, die im Frühjahr 2025 Bürgergeld bezogen, nur knapp 520.000 aus den Hauptherkunftsländern von Asylsuchenden, das sind gerade einmal 11 Prozent.¹⁶ Sie haben, ebenso wie alle anderen Leistungsbezieher*innen, ein Recht auf soziale Sicherheit, schließlich ist die Garantie eines Existenzminimums ein Grundpfeiler der bundesrepublikanischen Verfassung.

Der deutsche Staat unterscheidet dabei zwischen Sozialhilfeempfänger*innen und Asylbewerber*innen. Laut Asylbewerberleistungsgesetz stehen Alleinstehenden, die in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, etwa 410 bis 460 Euro pro Monat zu, also rund 100 bis 150 Euro weniger als Bürgergeldempfänger*innen (Regelsatz 560 Euro). Wie Verfassungsrechtler*innen und NGOs kritisieren, unterschreiten diese Asylbewerberleistungen damit das rechtlich definierte Existenzminimum und seien somit verfassungswidrig. Nur anerkannte Flüchtlinge haben bei nachgewiesener Bedürftigkeit ein

Anrecht auf Bürgergeld. Menschen, die sich nach 18 Monaten noch immer in einem Asylverfahren befinden, haben hingegen Anrecht auf sogenannte Analogleistungen, die sich im Umfang an der Höhe des Bürgergeldes orientieren.

Abbildung 1: Erwerbstätigenquote bei Geflüchteten zwischen 18 und 64 Jahren nach Geschlecht und Aufenthaltsdauer (in Prozent)



Anmerkung: Erwerbstätigkeit ist definiert als die Ausübung einer bezahlten abhängigen oder selbstständigen Tätigkeit.

Quelle: Brücker, Herbert/Jaschke, Philipp: Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen fördern Erwerbstätigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 10/2024, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), <https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-10.pdf>.

Entgegen der aktuellen Stimmungsmache verbleiben Geflüchtete nicht langfristig im Sozialhilfesystem. Laut einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gingen etwa 64 Prozent der 2015 nach Deutschland geflüchteten Menschen im Jahr 2022 einer Erwerbstätigkeit nach,¹⁷ 70 Prozent davon als Fachkräfte und ebenso viele in Vollzeit. Zum Vergleich: Die gesamte Erwerbstätigenquote in Deutschland lag 2023 bei 77,2 Prozent. Die Beschäftigungsquote jener Gruppe ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und zeigt eine

im Zeitverlauf fortschreitende Integration in den Arbeitsmarkt. Geflüchtete Männer weisen nach acht Jahren und mehr Aufenthalt eine höhere Erwerbsquote (86 %) auf als die männliche Bevölkerung in Deutschland insgesamt (81 %). Im Gegensatz dazu sind nur ein Drittel der geflüchteten Frauen nach dem gleichen Zeitraum erwerbstätig, was auf bestehende strukturelle Hürden und geschlechtsspezifische Herausforderungen bei der Arbeitsmarktintegration hinweist.

Strikt zwischen Fachkräfteeinwanderung und Fluchtmigration unterscheiden zu wollen erscheint vor dem Hintergrund dieser Daten als eine künstliche Trennung, die erst durch strukturelle Hürden für Geflüchtete einen Gehalt bekommt. Denn Asylbewerber*innen unterliegen zunächst einem Arbeitsverbot. Personen im Asylverfahren dürfen in den ersten drei Monaten grundsätzlich keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses Arbeitsverbot verlängert sich auf sechs Monate, wenn Asylsuchende mit minderjährigen Kindern leben, und auf bis zu neun Monate, wenn keine minderjährigen Kinder vorhanden sind, sie aber weiterhin in einer Aufnahmeeinrichtung untergebracht sind. Da das Asylgesetz jedoch vorschreibt, dass Asylsuchende in dieser Phase in solchen Einrichtungen wohnen müssen, besteht für sie in dieser Zeit faktisch keine Möglichkeit, das Arbeitsverbot zu umgehen. Sie sind so zwangsläufig auf Sozialhilfe vom Staat angewiesen.

Darüber hinaus gibt es weitere strukturelle Hindernisse für die Arbeitsaufnahme für Geflüchtete. Geduldete Menschen müssen eine Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörden vorweisen, wenn sie arbeiten wollen. Diese zu beschaffen dauert aufgrund der Überlastung der Behörden oft sehr lange. Aber auch anerkannten Flüchtlingen wird die Aufnahme qualifizierter Tätigkeiten erschwert, etwa durch die schleppende Anerkennung von Bildungsabschlüssen und anderer Qualifikationen durch deutsche Behörden. Allzu oft müssen sich zum Teil hoch qualifizierte Geflüchtete im Niedriglohnsektor eine neue Existenz aufbauen. Dass die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten auch anders gehen kann, zeigt das Beispiel des Umgangs mit jenen, die wegen des Krieges aus der Ukraine geflohen sind. Für sie haben die Mitgliedstaaten der EU die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie¹⁸ in Kraft gesetzt. Ukrainer*innen müssen demnach keine langwierigen Asylverfahren durchlaufen, sondern erhalten direkt einen Aufenthaltstitel – unterliegen also auch keinem

Arbeitsverbot und können ohne weitere Voraussetzungen eine Beschäftigung aufnehmen. Sie werden auch frühzeitig in die Förderstruktur der Jobcenter eingebunden und ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse werden zum großen Teil in Deutschland anerkannt.

Dieses Beispiel zeigt, dass strukturelle Hürden für Geflüchtete bei der Aufnahme einer (qualifizierten) Beschäftigung abbaubar sind – wenn es einen politischen Willen dafür gibt.

Fazit

Migrant*innen und anerkannte Geflüchtete haben Anrecht auf Bürgergeld. Menschen im Asylverfahren haben Anrecht auf Asylbewerberleistungen. Diese finanziellen Zuwendungen des deutschen Staats sind Ausdruck des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaats- und Schutzgebots für Asylsuchende und damit zentrale Säulen des deutschen Staats. Sie sind aber laut wissenschaftlichen Untersuchungen für Menschen kein relevanter Anreiz, nach Deutschland zu migrieren. Eine Debatte um den deutschen Sozialstaat und Migration sollte dies endlich zur Kenntnis nehmen und populistische Aussagen in diesem Zusammenhang zurückweisen.

«MEHR MIGRATION KANN SICH DEUTSCHLAND NICHT LEISTEN»

«Übrigens kostet uns ungeordnete Migration inzwischen viele Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt für Investitionen, weil viele Jahre seit 2015 der Mut zur Konsequenz fehlte.»
(Christian Lindner)¹⁹

Wie wird argumentiert?

Deutschland sei durch die Aufnahme vieler Geflüchteter finanziell überlastet. Angesichts dringend benötigter Investitionen in die Bereiche Soziales, Infrastruktur, Bildung und andere Politikfelder, die sich nach Angaben von Wirtschaftswissenschaftler*innen auf mehrere Hundert Milliarden Euro belaufen, seien flüchtlings- und asylbezogene Kosten eine zu große Belastung für den Bundeshaushalt und verhinderten, sich ebenjenen Investitionsaufgaben widmen zu können.

16

Was ist dran?

Asyl- und flüchtlingsbezogene Ausgaben beliefen sich für das Jahr 2023 auf rund 26 Milliarden Euro, was etwa 6 Prozent des Gesamthaushaltsplans (rund 457 Mrd. Euro) entspricht. Von diesen 26 Milliarden Euro entfiel der größte Anteil auf die Bekämpfung von Fluchtursachen (10,7 Mrd. Euro). Danach folgten Sozialtransferleistungen nach abgeschlossenen Asylverfahren (10,4 Mrd. Euro), die finanzielle Entlastung von Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit Fluchtmigration (2,8 Mrd. Euro), Maßnahmen zur Integration (2,7 Mrd. Euro) sowie Kosten für Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Asylsuchenden (1,0 Mrd. Euro).²⁰

Wenn also von hohen Ausgaben für Flucht und Migration gesprochen wird, ist es wichtig, im Kopf zu haben: 40 Prozent dieser Ausgaben werden gar nicht für Geflüchtete in Deutschland aufgewendet, sondern für außenpolitische Projekte.

Die Aufnahme schutzsuchender Menschen ist völkerrechtlich, EU-rechtlich und verfassungsrechtlich vorgegeben. Diese Verpflichtung ergibt sich auch aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Flüchtlingsschutz ist somit nicht nur eine rechtlich bindende, sondern gerade für die Bundesrepublik Deutschland

als Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Regimes auch eine moralische Verpflichtung. Diese Verpflichtung darf nicht aus rein finanzpolitischen Überlegungen infrage gestellt werden, sondern gilt unabhängig davon.

Hinzu kommt: Der Haushalt ist Ergebnis politischer Entscheidungen und Prioritätensetzungen – auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite. Wenn finanzpolitisch gegen Immigration nach Deutschland argumentiert wird, aber gleichzeitig zum Beispiel das klimaschädliche «Dienstwagenprivileg» mit jährlich 13,7 Milliarden Euro subventioniert wird, ist dies Ausdruck einer solchen politischen Entscheidung.²¹ Eine andere Schulden- und Steuerpolitik könnte also die Kosten, die dem deutschen Staat durch Migration entstehen, ausgleichen – wenn es politisch gewollt wäre.

Darüber hinaus dürfen migrationsbedingte Ausgaben nicht nur als Kosten betrachtet werden. Im Gegenteil: Demografischer Wandel, Fachkräftemangel und damit einhergehende Produktivitäts- und Steuereintrüben sind große Herausforderungen, wenn es um die Finanzierung dringend benötigter Investitionen in sozialstaatliche, infrastrukturelle und bildungspolitische Maßnahmen oder ökologische Transformationsprojekte geht. Migration kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung zu. Wirtschaftswissenschaftliche Studien zeigen seit Jahren, dass diese Herausforderungen ohne bzw. mit wenig Migration volkswirtschaftlich nicht zu stemmen sind. So geht beispielsweise eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung von 2021 davon aus, dass der Wanderungssaldo bei 400.000 Menschen pro Jahr liegen müsste, um die Quote der Erwerbspersonen zumindest stabil zu halten.²² Kurzfristige Ausgaben für Menschen, die nach Deutschland migrieren, könnten in diesem Zusammenhang also nicht als Zusatzbelastungen, sondern als volkswirtschaftliche Investitionen in die Zukunft verstanden werden.

Allerdings scheinen der flucht- und migrationsfeindliche Diskurs sowie die rassistische Stimmung in Deutschland immer mehr ausländische Fachkräfte abzuschrecken. Nach einer Studie der OECD von 2024 ist die Sorge vor Diskriminierung und Rassismus einer der Hauptgründe für Fachkräfte, nicht nach Deutschland einzuwandern.²³ Rassismus ist also nicht nur menschenverachtend, sondern auch ein Standortnachteil im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs.



Fazit

Die Antwort auf die Frage, wie die benötigten Investitionen in Infrastruktur finanziert werden können, auf die Geflüchtete wie Alteingesessene in Deutschland angewiesen sind, ist eine Sache der politischen Entscheidung. Die Aufnahme von Schutzsuchenden ist jedoch keine finanzpolitische Frage, sondern rechtlich bindend und aufgrund der deutschen Geschichte auch moralisch geboten. Dass dieses Recht aus finanzpolitischen Erwägungen infrage gestellt wird, ist Ausdruck der Diskussion um Fluchtmigration in Deutschland. Eigentlich geht es nicht darum, ob Deutschland sich die Aufnahme von Geflüchteten leisten kann, sondern ob Deutschland politisch gewillt ist, sich an völkerrechtliche Standards zu halten und weiterhin schutzsuchende Menschen aufzunehmen.

5

«MIGRATION ERHÖHT DIE KRIMINALITÄT»

19

«Steigende Migration hat zu mehr Straftaten geführt.»

(Nancy Faeser)²⁴

Wie wird argumentiert?

Migrant*innen im Allgemeinen und Geflüchtete im Besonderen seien eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit Deutschlands. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeige, dass Migrant*innen häufiger Straftaten verüben als Personen ohne Migrationsgeschichte. Kulturelle, religiöse und herkunftsbezogene Faktoren seien zentrale Ursachen für Kriminalität, das bewiesen unter anderem die bestürzenden Messerangriffe in Solingen oder Aschaffenburg. Um solche Gewaltereignisse zu verhindern, müsse Migration begrenzt werden.

Was ist dran?

In der öffentlichen Debatte zu den beiden Messerangriffen im Jahr 2024 in Solingen und Aschaffenburg wurde eine Gemeinsamkeit hervorgehoben: Die Taten wurden von Migranten begangen. Doch was sagt diese Gemeinsamkeit aus? Das Attentat von Solingen, bei dem ein Syrer drei Menschen tötete und mehrere schwer verletzte, war eine islamistisch motivierte Tat.

Der Angriff eines Geflüchteten in Aschaffenburg, bei dem zwei Menschen getötet wurden, darunter ein zweijähriges Kind, war die Tat eines psychisch kranken Mannes. Ein islamistisches Attentat und eine schreckliche Tat eines psychisch kranken Menschen – die Reaktion auf beide Vorfälle war im öffentlichen Diskurs und von der Politik jedoch dieselbe und wurde schnell und laut kundgetan: Es bedürfe weiterer Migrationsbeschränkungen und konsequenter Abschiebungen. Sicherheitspolitik und Migrationspolitik gehen Hand in Hand, so die Botschaft.

Doch eine Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdient, sollte die Ursachen für solche Taten in den Blick nehmen, statt diese für migrationspolitische Interessen zu instrumentalisieren. Im Hinblick auf die Tat in Aschaffenburg hieße das: Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um das Risiko zu verringern, dass psychisch kranke Menschen solche Taten begehen? Eine Stellungnahme von mehreren Psychiater*innen und Wissenschaftler*innen forderte in diesem Zusammenhang «mehr und noch sorgfältigere psychiatrische und psychotherapeutische Diagnostik für alle Menschen in seelischer Not – egal welcher Nationalität».²⁵ Doch das Gegenteil ist der Fall. So wurden beispielsweise die Mittel für psychosoziale Zentren, die für Schutzsuchende spezialisierte und psychologische Beratungen anbieten, im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2025 um fast 50 Prozent gekürzt.²⁶

Doch nicht nur besonders schwere Gewalttaten wie in Aschaffenburg oder Solingen befeuern die Rufe nach Migrationsbegrenzung. Migration wird ganz allgemein als Bedrohung aufgefasst. Eine aktuelle Studie des Ifo Instituts für den Betrachtungszeitraum 2018 bis 2023 zeigt aber, dass statistisch kein Zusammenhang zwischen Veränderungen bei der regionalen Bevölkerungszusammensetzung (mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit) und der lokalen Kriminalitätsrate festgestellt werden kann.²⁷ Diese Ergebnisse stimmen laut den Verfasser*innen der Studie mit anderen Analysen und internationalen Forschungsergebnissen überein, die ebenfalls keinen systematischen Einfluss von Migration auf die Kriminalitätsrate im Aufnahmeland feststellen konnten.

Ein Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität ist also empirisch nicht nachweisbar. In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) sind Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft trotzdem überproportional vertreten: Für das Jahr 2024

erfasste die PKS etwa 2,2 Millionen Tatverdächtige. Davon waren 41,8 Prozent Menschen ohne deutschen Pass (913.196 Personen). In dieser Berechnung werden jedoch auch ausländerrechtliche Verstöße miteinbezogen, die nur von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft begangen werden können. Werden diese Tatbestände abgezogen, bleiben 696.873 Tatverdächtige ohne deutschen Pass, das ist ein Anteil von etwa 35 Prozent, bei einem Anteil von Ausländer*innen in Deutschland von knapp 15 Prozent.²⁸

Die PKS verzeichnet alle Fälle, mit denen die Polizei sich beschäftigt – egal, wie sie später vor Gericht ausgehen. Freisprüche oder eingestellte Verfahren werden also nicht erfasst bzw. abgezogen. Deshalb sagt die Statistik nicht, wie viele Nichtdeutsche wirklich Straftaten begangen haben, sondern nur, wie oft sie von der Polizei als Verdächtige erfasst wurden. Nun belegen Studien, dass Ausländer*innen oder Menschen, die für solche gehalten werden, häufiger angezeigt werden – auch wenn sie nichts getan haben.²⁹

Aber auch andere Praktiken führen dazu, dass Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit öfter zu Tatverdächtigen werden. So machen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen seit Jahren auf die polizeiliche Praxis des *racial profilings* aufmerksam: Nicht-weiße Menschen sind viel häufiger polizeilichen Kontrollen und damit der Möglichkeit, als tatverdächtig zu gelten, ausgesetzt als weiße Personen. Menschen ohne deutschen Pass wohnen zudem häufiger in kriminalitätsbelasteten Gegenden, was die Wahrscheinlichkeit, mit Kriminalität – ob aktiv und passiv – in Verbindung gebracht zu werden, deutlich erhöht.

Abbildung 2: Gewaltkriminalität 2023 in Polizeistatistik und Medienberichterstattung (Angaben in Prozent)

Polizeistatistik



Fernsehberichte mit Herkunftsennung



Zeitungsberichte mit Herkunftsennung



■ Deutsche ■ Nichtdeutsche

Ausgewertet wurden 645 Medienberichte (376 Zeitungs- und 269 Fernsehbeiträge) über Gewaltkriminalität im Inland mit insgesamt 493 Tatverdächtigen. Etwa in jeden dritten Beitrag wurde die Herkunft der Tatverdächtigen genannt, davon überproportional Nichtdeutsche (84 bzw. 82 %), während nach der entsprechenden Polizeistatistik nur ein Drittel (33,3 %) der Tatverdächtigen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Quelle: Hestermann, Thomas: Wie Medien über Messerangriffe berichten, Mediendienst Integration, Juni 2023 (akt. Februar 2025), https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Berichterstattung_ueber_Messerangriffe_Thomas_Hestermann.pdf.

Auch die mediale Berichterstattung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Herkunft von Tätern hervorzuheben – so sie denn nicht-deutsch sind – verstärkt rassistische Bilder von «kriminellen Ausländern». Welche weitreichenden Konsequenzen das Zusammenspiel von medialer Berichterstattung und institutionell-rassistischen Logiken der Polizei und Justiz haben kann, hat der sogenannte NSU-Komplex gezeigt. Die rechtsterroristische Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ermordete zwischen 2000 und 2007 neun migrantische Männer und eine Polizistin und verübte aus rassistischen Motiven drei Sprengstoffanschläge mit vielen Schwerverletzten.³⁰

Während Angehörige der Ermordeten schon früh auf die möglichen rassistischen Tatmotive aufmerksam machten, ermittelten die Behörden ausschließlich in migrantischen Kreisen und dem familiären Umfeld der Opfer. Begleitet wurden diese schwerwiegenden Ermittlungsfehler von einer Berichterstattung, die die rassistischen Vorannahmen der Ermittlungsbehörden wiedergab, wenn etwa dauernd von «Döner-Morden»

die Rede war. Durch diese Fokussierung auf das migrantische Milieu konnte der NSU unbehelligt weiter morden. Erst nach seiner Selbstenttarnung im Jahr 2011 wurden die Morde auch von der deutschen Mehrheitsgesellschaft, den Ermittlungsbehörden und Medien als das erkannt, was sie waren: rassistisch motiviert.

Dieses Beispiel verdeutlicht die Gefahr der Stigmatisierung von Migrant*innen. Statt also rassistische Logiken zu bedienen, sollte man die Forschung zu den Ursachen von Kriminalität ernst nehmen. In kriminologischen Studien wurden Faktoren wie sozialer Status und Bildung, eigene Gewalterfahrungen oder gewaltverherrlichende Männlichkeitsnormen als Indikatoren für Kriminalitäts- und Gewaltdelikte herausgearbeitet.³¹ Nach den Daten der PKS waren 2024 knapp 75 Prozent der Tatverdächtigen Männer. Ein erheblicher Teil der Schutzsuchenden, die in Deutschland ankommen, sind Männer – unter anderem deshalb, weil die gefährlichen Fluchtrouten nach Europa für Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Gewalt ein noch höheres Risiko darstellen. Daraus müsste migrationspolitisch folgen, Massenunterkünfte für Geflüchtete abzuschaffen, die die Hort erzwungener Männerbünde sind.³²

Dass dies nicht geschieht und kriminologische Erkenntnisse ausgeblendet werden, scheint kein Zufall zu sein. So ist seit Jahren eine stetige «Versicherheitlichung» innerhalb der deutschen Migrationsdebatte zu beobachten, die Migration unmittelbar mit Bedrohung und Kriminalität verknüpft. Die Instrumentalisierung von Sicherheitsbedenken dient dabei als strategisches Werkzeug, um migrationspolitische Verschärfungen zu legitimieren und als alternativlos darzustellen – wie das sogenannte Sicherheitspaket der Ampelregierung als Reaktion auf den Messerangriff in Solingen. Diese selektive Perspektive ist weder zufällig noch neutral. Die Dämonisierung migrantischer Gruppen erweist sich als geeignetes Instrument politischer Agenden, die auf Abschottung, Kontrolle und Exklusion abzielen. Die gezielte Instrumentalisierung der von Migrant*innen begangenen Gewalt- und Kriminalitätsdelikte wird zur kalkulierten Strategie, um daraus (migrations-)politisches Kapital zu schlagen.

Bemerkenswert ist die Unverhältnismäßigkeit, mit der diese Erzählung verfolgt wird. Gewalt und Kriminalität, wenn sie von Geflüchteten oder anderen Migrant*innen ausgehen, entfachen regelmäßig breite gesellschaftliche Debatten und führen

prompt zu sicherheitspolitischen Maßnahmen. Doch vergleichbare Reaktionen auf Gewalt von anderen Tätergruppen bleiben aus: Wo sind die politischen Konsequenzen nach rechts-motivierten Messerangriffen auf öffentliche Persönlichkeiten wie die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die CDU-Politikerin Marliese Berthmann oder die FDP-Ratsfrau Katja Hoyer? Wo bleiben die politischen Sicherheitsmaßnahmen angesichts 2.589 rechts-, rassistisch und antisemitisch motivierter Angriffe, die allein im Jahr 2023 verzeichnet wurden?³³ Und auch queerfeindliche und geschlechtsspezifische Gewalt in Deutschland wird systematisch marginalisiert und bagatellisiert. Das heißt, während Migration zur sicherheitspolitischen Bedrohung stilisiert wird, bleiben tief in der Gesellschaft verwurzelte Gewaltphänomene weitgehend unbeachtet. Eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung von Unsicherheit ist dies nicht.

Fazit

Der Aspekt Sicherheit ist im aktuellen Diskurs um Migrationspolitik allgegenwärtig. Eine Analyse empirischer Daten und kriminologischer Studien belegt jedoch, dass es keinen empirischen Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalitätsvorkommen gibt. Vielmehr sind Kriminalitäts- und Gewaltdelikte maßgeblich von sozialen Faktoren abhängig. Eine wirklich sicherheitspolitische Debatte müsste sich also diesen Faktoren zuwenden und gesellschaftliche Verhältnisse, die Kriminalität und Gewalt bedingen, in den Blick nehmen. Weil die Sicherheitsdebatte für migrationspolitische Verschärfungen so funktional ist, bleiben andere, nicht mit Migration in Verbindung stehende Gewalt- und Kriminalitätsdelikte unterbelichtet. Das erschwert Maßnahmen, die Sicherheit für alle in Deutschland lebende Menschen zum Ziel haben.

«MIGRATION HEISST EINWANDERUNG VON ISLAMISMUS, SEXISMUS UND ANTISEMITISMUS»

«Wer aus dem arabischen Kulturraum zu uns kommt, der ist oft geprägt durch eine verklemmte Sexualmoral, durch die Nicht-Gleichberechtigung von Frauen, die Ablehnung von Juden oder Schwulen, der muss das Leben in einer offenen und freizügigen Gesellschaft neu lernen.»

(Jens Spahn)³⁴

Wie wird argumentiert?

Migration sei eine Bedrohung für die deutsche Gesellschaft. Das zeige nicht nur die Vielzahl islamistischer Terroranschläge in Deutschland der letzten Jahre; auch die ihr zugrundeliegende Ideologie werde durch Migration nach Deutschland gebracht. Die Proteste gegen den Gaza-Krieg im Anschluss an das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 seien außerdem Ausdruck eines in migrantischen Communitys weitverbreiteten Antisemitismus. Auch kulturell verankerte patriarchale und sexistische Einstellungen von Migranten gefährdeten die deutsche Gesellschaft. Alle drei Aspekte verlangten nach einer Begrenzung von Migration.

25

Was ist dran?

Islamistischer Terrorismus ist eine ernst zu nehmende Bedrohung. Organisationen wie der sogenannte Islamische Staat (IS) oder Al-Qaida haben immer wieder Anschläge verübt, die weltweit für Entsetzen sorgten. Seit 2016 wurden mindestens zwölf mutmaßlich islamistisch motivierte Anschläge in Deutschland verübt, bei denen 20 Menschen starben und viele weitere verletzt wurden. Deutsche und europäische Sicherheitsbehörden schätzen die Gefahrenlage weiterhin hoch ein.

Nach einer Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zum Zusammenhang zwischen Migration und Radikalisierung lassen sich jedoch keine Belege dafür finden, dass sich Migrant*innen häufiger radikalisierten als Einheimische – auch nicht im Hinblick auf islamistische Ideologien. Die Bundesregierung hat auf eine kleine Anfrage im Bundestag im April 2024

mitgeteilt, dass von rund 1.680 Personen des sogenannten «islamistisch-terroristischen Personenpotenzials» etwa 860 die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Über die Hälfte dieses Personenkreises ist also seit Langem in Deutschland ansässig und durchlief hier Bildungs- und Sozialisationsprozesse. Entgegen dem öffentlichen Diskurs scheint islamistische Radikalisierung daher kein durch Migration importiertes Phänomen zu sein, sondern ein Problem, das innerhalb der deutschen Gesellschaft entsteht.³⁵

In der Radikalisierungsforschung gelten soziale und gesellschaftliche Bedingungen als zentrale Faktoren für Radikalisierungen. Dazu zählen sozialer Status, Diskriminierungserfahrungen, Gewalterlebnisse und/oder ein fehlendes Selbstwertgefühl. Islamistische Propaganda greift gezielt anti-muslimische Ressentiments auf und nutzt sie zur Spaltung der Gesellschaft. Wenn (muslimische) Migrant*innen pauschal als islamistische Bedrohung betrachtet werden, fördert das eher Radikalisierungsprozesse, statt sie zu verhindern, weil Ausgrenzung und Stigmatisierung als Katalysator wirken können. Viele Geflüchtete sind zudem – was häufig übersehen wird – gerade vor islamistischem Terror oder autoritär-islamistischen Regimen geflohen – etwa aus Syrien, dem Irak, dem Iran oder Afghanistan. Einige von ihnen verfügen über tiefe Einblicke in islamistische Strukturen und sind scharfe Kritiker*innen des Islamismus. Ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre innermuslimische Kritik am Islamismus sollten aktiv in die Präventionsarbeit einbezogen werden, statt Migrant*innen pauschal zu verdächtigen.

Innerhalb des Bedrohungsdiskurses spielt patriarchale und sexistische Gewalt migrantischer Männer eine ähnlich zentrale Rolle für die Legitimation von Migrationsbeschränkung. Ein Markstein war in dieser Hinsicht die Kölner Silvesternacht 2016/17, in der viele Fälle von sexualisierter Gewalt festgestellt wurden, die von migrantischen Männern ausging. Eine breite gesellschaftliche Debatte über das sexuelle Bedrohungspotenzial von Migranten war die Folge, begleitet von kolonialen Bildern vom «übergriffigen Fremden».

Diese Ereignisse besiegelten nicht nur das Ende der sogenannten Willkommenskultur, sondern beförderten ein rassistisches und migrationsfeindliches Klima, das sich gleichermaßen in politischen Diskursen und gesetzgeberischen Maßnahmen

widerspiegelte. Zweifellos sollten patriarchale und sexistische Weltbilder – ob von Zugewanderten oder Alteingesessenen – bekämpft werden, denn wenn solche Einstellungen als normal erachtet werden, führt das zu geschlechtsspezifischer physischer und psychischer Gewalt. Doch die Fokussierung einzig und allein auf migrantische Männer verdeckt die gesamtgesellschaftliche Dimension der Problematik. Laut «Bundeslagebild – geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten» wurden 180.715 Frauen im Jahr 2023 Opfer häuslicher Gewalt.³⁶ Im selben Jahr gab es durchschnittliche jeden Tag drei Versuche, einen Femizid zu begehen, das heißt, eine Frau allein aufgrund ihres Geschlechts zu töten. Jeder dritte dieser Versuche gelang. Der überwiegende Teil der Täter hat die deutsche Staatsbürgerschaft.³⁷

Auch die Statistiken zu sexualisierter Gewalt zeichnen ein eindeutiges Bild: Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt finden sich in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Sexistische und patriarchale Einstellungen sind tief in der deutschen Gesellschaft verankert. Statt das Problem auf migrantische Männer abzuwälzen, sollten deshalb Männlichkeitsnormen und Sexismus gesamtgesellschaftlich in den Blick genommen und Präventionsmaßnahmen daran ausgerichtet werden.

Eine solche gesamtgesellschaftliche Thematisierung erfordert auch das Thema Antisemitismus. Der vermeintliche Zusammenhang von Antisemitismus und Migration wird im öffentlichen Diskurs verstärkt seit dem 7. Oktober 2023 thematisiert. Antisemitismus in muslimischen Communitys rückt dabei zunehmend in den Fokus, auch im Kontext der Zunahme antisemitischer Vorfälle und hitziger Debatten zum Nahostkonflikt.

Tatsächlich zeigen Studien, etwa die der Anti-Defamation League von 2025, dass antisemitische Stereotype in der muslimisch geprägten MENA-Region – dazu zählen Nordafrika, die arabische Halbinsel, der Iran und die Türkei – stark verbreitet sind.³⁸ Allerdings ist wissenschaftlich umstritten, ob es so etwas wie einen «originär muslimischen Antisemitismus» überhaupt gibt.

Auch in Deutschland ist Antisemitismus nach wie vor tief verankert. Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2022 stimmt ein Viertel der Bevölkerung antisemitischen Aussagen zu. Sekundärer Antisemitismus – eine Form des Antisemitismus, die

sich nach dem Holocaust entwickelte und in diesem Zusammenhang in relativierender oder schuldabwehrender Weise auftritt – erreicht Zustimmungswerte von bis zu 80 Prozent. Weit verbreitet ist auch israelbezogener Antisemitismus – je nach Aussage liegt die Zustimmung zwischen 40 und 70 Prozent.³⁹

2023 gingen rund 60 Prozent der antisemitischen Straftaten vom extrem rechten Spektrum aus, trotzdem konzentriert sich die politische Debatte, etwa in der Bundestagsresolution «Nie wieder ist jetzt» (2024), stark auf Antisemitismus von Migrant*innen.⁴⁰ Dies entlastet die Mehrheitsgesellschaft von Verantwortung und legitimiert zugleich migrationspolitische Gesetzesverschärfungen. Die Trennung zwischen «den Migrant*innen» und «den Deutschen» ist aber kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus – im Gegenteil: Sie befördert rassistische Narrative und behindert wirksame Prävention. Notwendig ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz. Antisemitismus muss überall bekämpft werden – unabhängig von Herkunft oder Religion.

Fazit

Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und islamistische Radikalisierungen sind gesellschaftliche Probleme, die sich mithilfe einer Trennung zwischen Migrant*innen und Deutschen zwar migrationspolitisch instrumentalisieren, aber nicht wirksam bekämpfen lassen. Der Kampf gegen diese Phänomene, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen existieren, muss gesamtgesellschaftlich geführt werden – differenziert, ohne rassistische Verkürzungen und mit dem Fokus auf demokratische Haltungen statt auf Herkunft. Nur so lassen sich die tatsächlichen Herausforderungen effektiv angehen.

«WIR MÜSSEN DIE KONTROLLE ÜBER UNSERE GRENZEN WIEDERGEWINNEN»

«Ohne wirksamen Grenzschutz, Druck auf die Herkunftstaaten und eine echte Rückführungsoffensive schlittert Deutschland in eine neue Migrationskrise.»

(Friedrich Merz)⁴¹

Wie wird argumentiert?

Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Diese müsse wiederhergestellt werden, um staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. Grenzschutzmaßnahmen – dauerhafte Grenzkontrollen, die Zurückweisung von Geflüchteten, der Ausbau von Sicherungen an den EU-Außengrenzen sowie die Verlagerung der Migrationskontrolle in außereuropäische Länder wie Libyen oder die Türkei – gelten dabei als zentrale Instrumente. Sie sollen «irreguläre» Migration verringern und grenzüberschreitende Mobilität besser steuern. Der Einsatz von Zäunen, technischer Überwachung, Grenzpatrouillen und paramilitärischer Ausstattung sei notwendig, um die Kontrolle über das Staatsgebiet durchzusetzen. Außerdem könnte verstärkter Grenzschutz auch «Schleusertätigkeiten» eindämmen.

29

Was ist dran?

In Deutschland wurden im Jahr 2024 etwa 250.000 Asylanträge gestellt, darunter knapp 230.000 Erstanträge. Dies entspricht einem Rückgang von rund einem Drittel im Vergleich zu 2023.⁴² Auch die Zahl der «unerlaubten Grenzübertritte», die Schutzsuchende meist aufgrund fehlender Möglichkeiten der legalen Einreise unternahmen, sank um 36 Prozent – von 130.000 im Vorjahr auf etwa 83.000. Diese Tendenz findet sich auch auf europäischer Ebene: So verringerte sich die Zahl der Asyl-Erstanträge in der EU 2024 im Vergleich zum Vorjahr um ungefähr 100.000 oder etwa 11 Prozent auf rund eine Million. Die Zahl der Geflüchteten nach Europa geht also zurück.

Im Mai 2024 wurde der europäische Schengen-Kodex, der die Bewegungsfreiheit von Menschen innerhalb der Europäischen Union ermöglicht, angepasst. Seitdem ist die Anordnung von Grenzkontrollen für EU-Mitgliedstaaten bei «einer ernst-

haften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit»⁴³ auch offiziell möglich. Die Verwässerung einer der grundlegenden Prinzipien der EU – die innereuropäische Freizügigkeit und Reisefreiheit von Menschen – wird mit der Eindämmung »irregulärer Migration«, also Fluchtmigration, begründet und legitimiert. Im September 2024 ordnete die Bundesregierung temporäre stationäre Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen an. Diese Maßnahme reihte sich ein in eine Vielzahl deutscher und europäischer Maßnahmen, die auf die verstärkte Kontrolle und Steuerung von Migrationsbewegungen und die Reduzierung von Fluchtmigration abzielten. Die Bundesregierung führte den Rückgang der Asylbewerber*innen-Zahlen auf ebendiese verstärkten Kontrollen und Grenzschutzmaßnahmen zurück: »Wir haben die irreguläre Migration stark zurückdrängen können«, sagte beispielweise die damalige Innenministerin Nancy Faeser. Der Rückgang zeige, dass »konsequentes Handeln« der Regierung Ergebnisse bringe.

Ob diese Argumentation stimmt, ist wissenschaftlich nicht belegt. Denn die Ursachen für weniger Asylbewerber*innen sind auch in den Entwicklungen der jeweiligen Herkunftsländer zu suchen. Aus deutscher Sicht ist hier vor allem Syrien relevant. Der Sturz des syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad Ende 2024 und die damit zusammenhängende – zumindest vorläufige – Reduzierung von Gewalt und Krieg in Syrien führte zu einem deutlichen Rückgang von Fluchtbewegungen aus Syrien nach Deutschland: Im ersten Quartal 2025 wurden insgesamt 41.123 Asylanträge gestellt, darunter 10.114 von Menschen aus Syrien.⁴⁴ Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag die Gesamtzahl der Anträge noch bei 71.061, wovon 20.609 auf syrische Staatsangehörige entfielen. Mit Blick auf die Ukraine ist eine analoge Entwicklung zu beobachten. Zu Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 kamen sehr viele Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Im März 2022 waren es fast 430.000. Unter anderem die verbesserte Sicherheitslage, vor allem in den westlichen Teilen der Ukraine, ließ die Ankunftsahlen bis Anfang 2025 deutlich sinken. So kamen im Februar 2025 nur noch etwa 12.000 Menschen aus der Ukraine nach Deutschland.

Zwar wirken sich verstärkter Grenzschutz und andere Abschottungsmaßnahmen auf die Fluchtrouten aus, doch machen Migrationswissenschaftler*innen immer wieder darauf auf-

ASYLRECHT
IST
MENSCHEN-
RECHT. UND PUNKT.

GENUG NICHT
PLATZ

KÖNNEN

NICHT

AUF
AUF

NEHMEN

MINDESTENS

FLUCHTLINGE

DAS KÖNNEN WIR UNS

NICHT LEISTEN

DAS BOOT IST

VOLL

UNSERE GRENZEN
SCHÜTZEN

NUR

KONTROLLIERT

NICHTS GEBEN

SOZIALSCHWÄCHER

merksam, dass diese Effekte nur von kurzer Dauer sind, weil sich Fluchtrouten an die jeweiligen Maßnahmen anpassen. Entscheidender seien demgegenüber Entwicklungen in den Herkunftsländern.

Die sogenannte Westbalkanroute beispielsweise, eine der zentralen Fluchtrouten nach Europa der letzten Jahre, die von der Türkei über den Balkan bis nach Zentraleuropa führt, wählen immer weniger Personen: Zwischen Januar und November 2024 erreichten etwa 80 Prozent weniger Menschen Serbien – ein Haupttransitland auf dieser mittlerweile stark kontrollierten Fluchtroute – als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch auf der zentralen Mittelmeerroute, die Nordafrika mit Italien verbindet, gingen die Ankünfte 2024 um nahezu 60 Prozent im Vergleich zu 2023 zurück. Diese Route wird seit Jahren verstärkt kontrolliert, und auch illegale Zurückweisungen (sogenannte Pushbacks) durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex oder durch die libysche Küstenwache, die im Rahmen eines Migrationsabkommen an der Sicherung der EU-Außengrenze beteiligt ist, sind gut dokumentiert. Doch gleichzeitig wurde 2024 rund ein Viertel mehr Versuche von Geflüchteten registriert, über die sogenannte Belarus-Route nach Polen einzureisen; auf der besonders gefährlichen Westafrika-Route – von Westafrika über den Atlantik auf die Kanarischen Inseln – ließ sich ebenfalls ein Anstieg um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr und eine Verdopplung der Ankunftsahlen über diese Route gegenüber 2022 beobachten.⁴⁵

Wenn deutsche und europäische Politiker*innen also Fluchtrouten versperren oder es zumindest schwieriger machen, bestimmte Routen nach Europa zu nehmen, suchen sich Menschen andere und oftmals gefährlichere Fluchtwege – denn Grenzschutzmaßnahmen ändern nichts an den Fluchtgründen. Die Abriegelung von bestimmten Fluchtrouten stellt zudem die Geschäftsgrundlage von organisierten Schlepper*innen dar: Erst durch fehlende legale und sichere Fluchtwege nach Europa sind Menschen auf die oftmals menschenunwürdigen Praktiken von Schleuser*innen angewiesen.

Kriege, gewaltsame Konflikte, klimabedingte Wetterphänomene oder der Wunsch nach einem besseren Leben sind nur einige Gründe, warum Menschen ihr Land verlassen. Unter dem Stichwort «Fluchtursachenbekämpfung» wird nun auch auf offizieller Ebene über die Verbesserung jener Bedingun-

gen gesprochen, die Menschen zur Flucht zwingen. Fluchtursachenbekämpfung, der größte asylbezogene Kostenpunkt im Bundeshaushaltsplan 2023, stellt eine ressortübergreifende und politische Querschnittsausgabe dar. Darunter fallen unterschiedlichste Programme und Initiativen auf bilateraler und europäischer Ebene, wie die Zusammenarbeit im Bereich der Grenzpolizei, entwicklungspolitische Programme, privatwirtschaftliche Investitionsprojekte, Maßnahmen zur Wiedereingliederung Abgeschobener sowie Initiativen zur Schaffung alternativer Einkommensquellen für potenzielle «Schleuser*innen». All diese Ansätze verfolgen das übergeordnete Ziel, Schutzsuchende von der Weiterreise nach Europa abzuhalten. So hat sich die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren immer mehr zu einem Instrument für die Aushandlung von sogenannten Migrationsabkommen entwickelt. Beispielhaft dafür ist das 2016 geschlossene Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das europäische Hilfen in Milliardenhöhe für die Türkei und erleichterte Visa-Bedingungen für Türk*innen versprach, wenn die Türkei im Gegenzug dafür Sorge, dass Geflüchtete vor allem aus Syrien nicht nach Europa weiterreisen. Eine tatsächliche Fluchtursachenbekämpfung – eine Veränderung der Bedingungen, die Menschen zu Flucht drängt – wäre begrüßenswert. Dafür müssten die Europäische Union und Länder wie Deutschland aber ihre Politik überdenken – zum Beispiel in den Bereichen Landwirtschaft, Handel, Klima und Außenpolitik. Denn oft liegt es nicht nur an Problemen im jeweiligen Land, wenn Menschen ihre wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder freiheitlichen Rechte – etwa auf Sicherheit, Bildung, Gesundheit oder faire Arbeitsbedingungen – nicht verwirklichen können. Häufig scheitert es auch an ungleichen Machtverhältnissen in der Welt und daran, wie die globale Wirtschaft organisiert ist.

Fazit

Die multiplen Krisen der Gegenwart führen dazu, dass sich Menschen weiterhin auf den Weg nach Europa machen. Für eine effiziente Reduzierung von Fluchtursachen braucht es eine langfristige Strategie zur Bekämpfung der Gründe und Bedingungen ebenjener Krisen. Abschottungsmaßnahmen gegenüber Fluchtmigration taugen dazu nicht. Sie zwingen Migrant*innen nur dazu, sich immer wieder neue Wege zu suchen und

sich teils auf besonders gefährlichen Fluchtrouten zu begeben, wo noch mehr zu Tode kommen. Statt Grenzen zu schließen, braucht es für Menschen auf der Flucht legale Wege nach Europa und Deutschland.

8

«EINE HARTE MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK SCHWÄCHT DIE AfD»

«Alle Wahlforscher sagen uns, dass die AfD fast nur dieses eine Thema hat. Eine andere Flüchtlingspolitik würde dazu führen, dass auch die Umfragewerte der AfD wieder sinken.»

(Friedrich Merz)⁴⁶

Wie wird argumentiert?

34

Der Aufstieg der extrem rechten AfD sei darauf zurückzuführen, dass die etablierten Parteien den Wunsch eines beachtlichen Teils der deutschen Bevölkerung nach Beschränkung von Migration ignoriert hätten. Deshalb sei ein Kurswechsel in der Migrationspolitik – also eine restriktive, auf Abwehr ausgelegte Migrations- und Asylpolitik – eine geeignete Strategie, um die AfD langfristig zu schwächen. Vorbild sei die dänische Sozialdemokratie, die durch ihre gegen Zuwanderung gerichtete Politik die radikale Rechte im dänischen Parlament entscheidend geschwächt habe.

Was ist dran?

Dass eine gegen Zuwanderung ausgerichtete Asyl- und Migrationspolitik rechte und rechtsradikale Parteien schwächt, ist durch nichts belegt. Im Gegenteil: Eine groß angelegte Studie aus dem Jahr 2023 untersuchte, wie wirksam es ist, wenn etablierte Parteien rechte migrationspolitische Positionen übernehmen. Für den Zeitraum 1967 bis 2017 fand sie keine Hinweise dafür, dass die radikale Rechte dadurch an Zustimmung verlor und konservative, liberale oder sozialdemokratische Parteien davon politisch profitiert hätten.⁴⁷

Das gilt auch für die Bundesrepublik, die unter der Ampelregierung seit 2024 eine solche Politik forcierte. Die federführende

Rolle Deutschlands bei der Ausarbeitung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die Nichtregierungsorganisationen als «historischen Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa»⁴⁸ bezeichnet haben, die seit September 2024 eingerichteten stationären Kontrollen an den deutschen Grenzen oder die im Namen der inneren Sicherheit verabschiedeten Gesetze, wie das sogenannte Sicherheitspaket, das auf die Begrenzung von Fluchtmigration abzielt, sind nur drei Beispiele von vielen. Alle Maßnahmen wurden vor der Bundestagswahl im Februar 2025 beschlossen, begleitet von einer entsprechenden Rhetorik der etablierten Parteien. Und dennoch: Die AfD erreichte mit 20,8 Prozent der Stimmen ihr historisch bestes Ergebnis, landete hinter der CDU auf dem zweiten Platz und die Ampelparteien mussten deutliche Verluste hinnehmen. Auch die Analysen der Wähler*innen-Wanderung bei der Bundestagswahl 2025 widerlegen die Behauptung, eine restriktive Migrations- und Asylpolitik schwäche die AfD: Den größten Zuwachs, nämlich mehr als eine Million Stimmen, konnte die AfD aus dem Wähler*innen-Spektrum der CDU/CSU verbuchen, die im Wahlkampf mit drastischer Rhetorik und teils rechtswidrigen Vorschlägen für Maßnahmen zur Begrenzung von Migration aufgetreten war.

Wenn die Bundestagswahl 2025 kein Beleg für den Erfolg einer restriktiven Asyl- und Migrationspolitik im Kampf gegen Rechtspopulismus ist, worauf stützen sich dann die sogenannten Mitte-Parteien in ihrer Argumentation? Häufig wird auf Dänemark verwiesen: Die dort regierende sozialdemokratische Partei (Socialdemokraterne) verschärfte vor der Parlamentswahl 2019 ihren migrationspolitischen Kurs deutlich – etwa mit dem Slogan «Null Immigration» – und kombinierte diesen mit sozial- und klimapolitisch progressiven Positionen. Die Strategie war erfolgreich: Die Socialdemokraterne siegte bei den Wahlen, während die rechtspopulistische Dansk Folkeparti (DF) massive Verluste erlitt. 2022 gewannen die Sozialdemokraten mit ähnlichem Programm erneut. Allerdings hat eine Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gezeigt, dass migrationspolitische Themen bei den Wahlen 2019 und 2022 nur eine untergeordnete Rolle spielten. Stattdessen dominierten Klima-, Gesundheits- und soziale Fragen die Wahlentscheidungen. Laut FES war also vor allem das sozialpolitische und ökologische Profil der Socialdemokraterne ausschlag-



gebend für ihren Erfolg – nicht primär deren rigide Migrationspolitik.⁴⁹

Auch das Argument, die migrationspolitische Agenda der dänischen Sozialdemokrat*innen habe die Rechtsradikalen zurückdrängen können, hält einer empirischen Überprüfung nicht stand. Zwar verlor die DF seit ihrem historischen Erfolg bei den Wahlen von 2015 mit 21,1 Prozent kontinuierlich an Bedeutung und landete bei der Wahl von 2022 bei gerade mal 2,6 Prozent. Doch ist dies nicht als Bedeutungsverlust des Rechtsradikalismus in Dänemark zu verstehen, denn neben der durch innerparteiliche Spannungen geschwächten Dansk Folkeparti konnten sich andere rechtsradikale Parteien etablieren. Die parlamentarische Vertretung des dänischen Rechtsradikalismus ist zwar zersplittert, doch mit Ausnahme des Ausreißers von 2015 so stark wie nie: Drei rechtsradikale/rechtspopulistische Parteien kamen 2022 zusammen auf über 15 Prozent.

Statt also migrationspolitischen Programmen der politischen Rechten hinterherzulaufen, sollten zum einen die tatsächlichen Ursachen für die aktuellen Krisen angegangen werden. Denn Dänemarks Sozialdemokratie zeigt auch: Wenn man drängende sozial-, gesundheits- und klimapolitische Fragen auf die Agenda setzt, lassen sich Wahlen gewinnen. Zum anderen sollte das Thema Migration nicht nur rechten Ideologen und Narrativen überlassen werden.

Dass eine andere Migrationspolitik möglich ist, soll abschließend anhand dreier Schlaglichter skizziert werden.

Beispiel 1: Die «Massenzustrom-Richtlinie» der EU

Der Angriff Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 zwang Millionen Ukrainer*innen zur Flucht. Doch im Gegensatz zu 2015, als Hunderttausende vor dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa flohen und dabei große Hürden (Grenzübertritte, Registrierungen auf griechischen Inseln und den gefährlichen Weg über die Balkanroute) überwinden mussten, hat die Europäische Union im Jahr 2022 Schutzsuchenden einen deutlich einfacheren und unbürokratischeren Weg zur Aufnahme eröffnet. Möglich wurde dies durch die Aktivierung der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie, die der Rat der EU-Innenminister*innen Anfang März 2022 einstimmig beschloss. Diese Maßnahme, kombiniert mit der bereits bestehenden Visafreiheit für Ukrainer*innen im Schengenraum und logistischen Unterstüt-

zungsangeboten wie der kostenlosen Nutzung von Fernbahnen und öffentlichem Nahverkehr, hob sich deutlich von der sonst üblichen EU-Migrationspolitik ab. Auch die unsolidarischen und bürokratischen Hürden des sogenannten Dublin-Systems (ein Regelwerk der Europäischen Union, das festlegt, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist – in der Regel das erste EU-Land, das von Geflüchteten betreten wird) wurden in diesem Fall heruntergesetzt. So können ukrainische Geflüchtete frei entscheiden, in welchem Land sie Schutz suchen wollen; damit wird der enorme bürokratische und der damit verbundene Personal- und Finanzaufwand des Dublin-Systems umgangen. Auch pragmatische Lösungen hinsichtlich der Unterbringung – Ukrainer*innen mussten nach Ankunft nicht in Sammelunterkünfte ziehen, sondern konnten direkt bei Privatpersonen oder Verwandten unterkommen – sowie unkomplizierte Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Sozialleistungen und der Arbeitsmarktintegration beweisen: Eine pragmatische Aufnahmepolitik, die die Bedürfnisse der Schutzsuchenden in den Vordergrund stellt, ist möglich und umsetzbar.

Beispiel 2: Die Rolle der Kommunen

Gut ausgestattete kommunale Infrastrukturen sind zentral für die Aufnahme und Integration von Neuankömmlingen. Seit dem «langen Sommer der Migration» 2015/16 haben sich bis heute über 320 Städte und Kommunen im Bündnis «Sichere Häfen» zusammengeschlossen. Sie signalisieren damit ihre Bereitschaft, Geflüchtete willkommen zu heißen und mehr Schutzsuchende aufzunehmen, und richten sich so gemeinsam gegen die europäische Abschottungspolitik. Diese kommunale Aufnahmebereitschaft läuft jedoch häufig ins Leere, weil die Kommunen in migrationspolitische Entscheidungen des Bundes nicht einbezogen werden, oder scheitert an der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung kommunaler Infrastrukturen.

Dabei existieren bereits jetzt Konzepte, die das ändern könnten. Modelle wie der Integrations- und Entwicklungsfonds der Municipal Integration and Development Initiative (MIDI) sollen Städte und Gemeinden bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten unterstützen und zugleich eine solidarische Haltung gegenüber Migration fördern. Das Modell sieht vor,

den Kommunen die Kosten für Aufnahme und Integration über einen solidarisch finanzierten europäischen Fonds zu erstatten und gleichzeitig den gleichen Betrag in die Stadt- und Gemeinwesenentwicklung zu investieren. So soll eine Win-win-Situation für Geflüchtete, Kommunen und ihre Bewohner*innen entstehen. Zudem sollen Anreize für Städte geschaffen werden, sich stärker für menschenwürdige, nachhaltige und inklusive Lösungen hinsichtlich (Flucht-)Migration einzusetzen. Die Finanzierung und die damit einhergehende Realisierung der Aufnahmezusagen von Kommunen sind möglich, sofern sie politisch gewollt sind.

Beispiel 3: Infrastrukturen der Solidarität aufbauen und stärken

2015/16 erlebte Deutschland nicht nur die Ankunft von vielen Geflüchteten, sondern auch eine Welle der zivilgesellschaftlichen Solidarität mit Schutzsuchenden. Das Potenzial einer «Willkommenskultur» war auch 2022, bei der Ankunft vieler Geflüchteter aus der Ukraine, spürbar. Damals wie heute sind zivilgesellschaftliche Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zentrale Faktoren für eine gelingende Migrationspolitik. Infrastrukturen der Solidarität sind aber zum einen auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um bestimmte Angebote wie Sprachkurse, Begleitung bei Behördengängen oder die Bereitstellung von Orten der Begegnung unterbreiten zu können. Die zivilgesellschaftliche Unterstützung staatlicher Strukturen für die Aufnahme von Geflüchteten sollte finanziell deshalb mehr statt weniger gefördert werden, um den gesellschaftlichen Verpflichtungen gegenüber Schutzsuchenden gerecht zu werden. Zum anderen sind Infrastrukturen der zivilgesellschaftlichen Solidarität auch davon abhängig, wie Migration gesellschaftlich wahrgenommen und politisch bewertet wird. Ein migrationsfeindliches Klima, durchzogen von rassistischen Diskursen, in denen Migration nur als Bedrohung betrachtet wird, hat Einfluss darauf, ob und in welchem Maße sich die Zivilgesellschaft mit den Geflüchteten solidarisiert. In einer Studie aus dem Jahr 2018 ist nachzulesen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete in Deutschland nach 2015 zunächst stark ausgeprägt war und von einer offenen Willkommenskultur getragen wurde.⁵⁰ In dieser Phase gab es eine positive mediale Berichterstattung und breiten gesellschaftlichem Zuspruch. Ab

2016 jedoch verschob sich der politische und mediale Diskurs zunehmend. Nun begannen Sicherheits- und Kontrollnarrative und eine negative Wahrnehmung von Migration zu dominieren, woraufhin die Bereitschaft zur Solidarität mit den Geflüchteten deutlich nachließ.

Zivilgesellschaftliche Infrastrukturen der Solidarität sind eine zentrale Säule gelingender Migrationspolitik und müssen sowohl finanziell als auch rhetorisch unterstützt werden.

Fazit

Weder die letzten Wahlen in Deutschland noch das so oft angeführte Beispiel Dänemark können die These belegen, dass eine restriktive Migrations- und Asylpolitik rechte und rechtsradikale Parteien schwächt. Die Übernahme rechter Narrative und Politiken in Bezug auf Migration durch bürgerliche Parteien ist vielmehr eine Legitimierung extrem rechter Parteien, die demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften infrage stellt und antidemokratische Tendenzen befördert. Statt also migrationspolitisch rechten Diskursen nachzueifern, sollten Konzepte einer pragmatisch-humanitären Migrationspolitik zur Kenntnis genommen und umgesetzt werden. Best-Practice-Beispiele bestehen dafür schon heute und zeigen: Eine andere Migrationspolitik ist möglich!

Anmerkungen

- 1 Bernhard: Grenzöffnung verschärft Wohnungsnot. AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 21.11.2018, <https://afdbundestag.de/bernhard-grenzoeffnung-verschaerft-wohnungsnot/>.
- 2 Deschermeier, Philipp: Sozialwohnungen: Bauen im Blindflug, Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 8.1.2024, www.iwd.de/artikel/sozialwohnungen-bauen-im-blindflug-606819/.
- 3 Zahl der Sozialwohnungen sinkt weiter, tagesschau.de, 22.5.2024, www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/sozialwohnungen-wohnungsbau-wohnungspolitik-bau-baubranche-baukrise-100.html.
- 4 Wohnungsnot in Deutschland, Hans-Böckler-Stiftung, 5.12.2023, www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20782.htm.
- 5 Holm, Andrej: Hohe Mieten sind überall, Analyse der Mietentwicklung und die Wirksamkeit eines Mietendeckels in ausgewählten Großstädten, Studie 1/2025, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2025, S. 7, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_1-25_Mietenentwicklung.pdf.
- 6 Ebd., S. 10.
- 7 Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Berlin 2020, www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_diskr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf.
- 8 Deutscher Landkreistag: Forderungen des Deutschen Landkreistages für eine Wende in der Migrationspolitik. Berlin, 2.9.2024, www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/240902_PosPap_Migrationswende.pdf.
- 9 Kühn, Boris/Ziegler, Franziska: Weiter am Limit? Zur Lage der Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten, hrsg. von Mediendienst Integration, Mai 2024, mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Kuehn_Ziegler_Umfrage_Kommunen_Mai_2024.pdf.
- 10 Deutsches Institut für Urbanistik: KfW-Kommunalpanel 2024. Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich, 23.5.2024, <https://difu.de/presse/pressemitteilungen/2024-05-23/kfw-kommunalpanel-2024-die-finanzielle-lage-der-kommunen-verschlechtert-sich>.
- 11 Ebd.
- 12 Deutscher Landkreistag: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung, 8.3.2023, www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/stellungnahmen/MI3/Stellungnahme_Deutscher_Landkreistag.pdf?__blob=publicationFile&v=2.
- 13 Giesselmann, Marco/Brady, David/Naujoks, Tabea: The social consequences of the increase in refugees to Germany 2015–2016, WZB Discussion Paper No. SP I 2021-502, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 2021, <https://hdl.handle.net/10419/243344>.
- 14 Munzinger, Paul: Umstrittene Aussage über Flüchtlinge: Seehofer sucht die schlechte Gesellschaft, Süddeutsche Zeitung, 19.2.2015, www.sueddeutsche.de/bayern/umstrittene-aussage-ueber-fluechtlinge-seehofer-sucht-die-schlechte-gesellschaft-1.2358262.
- 15 Müller, Tim S.: Evidence for the welfare magnet hypothesis? A global examination using exponential random graph models, Social Forces, 8.4.2025, <https://doi.org/10.1093/sf/soaf048>.
- 16 Bundesagentur für Arbeit: Migration, Zuwanderung, Flucht – Interaktive Statistik zu Bürgergeldbeziehenden nach Staatsangehörigkeit, April 2025, <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html>.
- 17 Brücker, Herbert/Jaschke, Philipp: Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen fördern Erwerbstätigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 10/2024, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, <https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-10.pdf>.
- 18 EU-Richtlinie 2001/55/EG.
- 19 LINDNER-Interview: Ungeordnete Migration kostet uns viele Milliarden Euro: «Wir können uns diese Asylpolitik nicht mehr leisten», FDP-Pressemitteilung, 21.9.2023, www.fdp.de/pressemitteilung/lindner-interview-ungeordnete-migration-kostet-uns-viele-milliarden-euro.
- 20 Bundeszentrale für politische Bildung: Asylbedingte Kosten und Ausgaben, 22.7.2024, www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265776/asylbedingte-kosten-und-ausgaben/.
- 21 Transport & Environment: Subventionen für fossil betriebene Dienstwagen kosten Steuerzahlende in Deutschland pro Jahr 13,7 Milliarden Euro, 21.10.2024, www.transportenvironment.org/de-deutschland/articles/neue-studie-subventionen-fuer-fossil-betriebene-dienstwagen-kosten-steuerzahlende-in-deutschland-pro-jahr-13-7-milliarden-euro.
- 22 Fuchs, Johann/Söhlein, Doris/Weber, Brigitte: Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060 – Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen, IAB-Kurzbericht Nr. 25/2021, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, <https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf>.

- 23 Liebig, Thomas/Huerta del Carmen, Maria: Der Weg nach Deutschland: Ergebnisse der Schlussbefragung einer Längsschnittstudie von an Deutschland interessierten Fachkräften aus dem Ausland (Oktober–Dezember 2023), OECD Berlin Centre, 31.1.2024, <https://blog.oecd-berlin.de/wp-content/uploads/2024/01/OECD-Fachkraeftemigrationsbefragung-Jahresergebnisse-FINAL.pdf>.
- 24 Tiede, Peter/Fabian, Philip: Kriminalstatistik: Wie erklärt Faeser die Zahlen zur Kriminalität junger Ausländer?, BILD, 9.4.2024, www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kriminalstatistik-wie-erklart-faeser-die-zahlen-zur-kriminalitaet-junger-auslae-87812058.bild.html.
- 25 Dokumentation offener Brief: «Bitte Nerven bewahren, Herr Merz», taz, 31.1.2025, <https://taz.de/Dokumentation-offener-Brief/!6066333/>.
- 26 KommMit e. V.: Kürzungen bedrohen psychosoziale Versorgung für geflüchtete Menschen, 28.11.2024, www.kommmit.eu/de/aktuelles/kurzungen-bedrohen-psychosoziale-versorgung.
- 27 Alipour, Jean-Victor/Adema, Joop Age Harm: Steigert Migration die Kriminalität? Ein datenbasierter Blick, ifo Schnelldienst digital, 3/2025, München, www.ifo.de/publikationen/2025/aufsatz-zeitschrift/steigert-migration-die-kriminalitaet-ein-datenbasierter-blick.
- 28 Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2024, Wiesbaden 2025, www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2024_node.html.
- 29 Dreißigacker, Leonie/Schröder, Carl Philipp/Krieg, Yvonne/Becher, Lea/Hahnemann, Anna/Grönweg, Mona: Jugendliche in Niedersachsen: Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2022 (KFN-Forschungsberichte Nr. 169), Hannover 2023, https://kfn.de/wp-content/uploads/2024/06/FB_169.pdf.
- 30 Vgl. Aktionsbündnis «NSU-Komplex auflösen»: Tribunale – «NSU-Komplex auflösen», Berlin 2021.
- 31 Rausch, Elena/Hatton, Whitney/Brettel, Hauke/Rettenberger, Martin: Messergewalt in Deutschland. Eine empirische Untersuchung zu Risikofaktoren sowie Täter- und Tatcharakteristika, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 17/2023, S. 327–337.
- 32 Perinelli, Massimo: Messer, Merz und Migration, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 18.10.2024, www.rosalux.de/news/id/52637/messer-merz-und-migration.
- 33 Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.: Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2023 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen, 21.5.2024, <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>.
- 34 Alexander, Robin/Schuster, Jacques: Jens Spahn: «Nicht jede andere Kultur bereichert», welt.de, 9.7.2017, www.welt.de/politik/deutschland/plus166776409/Nicht-jede-andere-Kultur-bereichert-uns.html.
- 35 Bundesregierung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion – Islamistisch-terroristisches Personenpotenzial, 3.4.2024, www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1001978.
- 36 Bundeskriminalamt: Bundeslagebild – Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023, Wiesbaden, 19.11.2024, www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2023.html?nn=237578.
- 37 Schröttle, Monika/Arnis, Maria/ Paust, Irana/Pölzer, Lena: Länderbericht. Forschung und Daten zu Femiziden: Deutschland, Institut für empirische Soziologie (IfES) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 2021, S. 36.
- 38 Anti-Defamation League: The ADL Global 100: Index of Antisemitism, 2025, www.adl.org/adl-global-100-index-antisemitism.
- 39 Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen 2022, www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2022_11_09_LAS22_Web.pdf.
- 40 Deutscher Bundestag: Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken, Drucksache 20/13627, 5.11.2024, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>.
- 41 «Enttäuschender» Flüchtlingsgipfel: CDU-Chef Merz warnt vor neuer «Migrationskrise», tagesspiegel.de, 10.5.2023, www.tagesspiegel.de/politik/enttauschender-fluechtlingsgipfel-cdu-chef-merz-warnt-vor-einer-neuen-migrationskrise-9794114.html.
- 42 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylzahlen Gesamtjahr und Dezember 2024, 9.1.2025, www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2025/250109-asylzahlen-dezember-und-gesamtjahr-2024.html?nn=284830.
- 43 Rat der Europäischen Union: Schengen-Raum: Rat nimmt Aktualisierung des Schengener Grenzkodex an, 24.5.2024, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/schengen-area-council-adopts-update-of-schengen-borders-code/.
- 44 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylzahlen im März 2025, 7.4.2025, www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2025/250407-am-asylzahlen-maerz-2025.html.

- 45 Jakob, Christian: Kaum noch Wege nach Europa. Neue Zahlen zu Asyl in der EU, die tageszeitung, 3.3.2025, <https://taz.de/Neue-Zahlen-zu-Asyl-in-der-EU/16073063/>.
- 46 Merz: Bei anderer Flüchtlings-Politik würden AfD-Werte sinken, B.Z., 28.6.2023, www.bz-berlin.de/deutschland/merz-bei-anderer-fluechtlings-politik-wuerden-afd-werte-sinken.
- 47 Krause, Werner/ Cohen, Denis/ Abou-Chadi, Tarik: Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties, in: Political Science Research and Methods 1/2023, S. 172–179.
- 48 Pro Asyl: GEAS-Reform im EU-Parlament: Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa, 10.4.2024, www.proasyl.de/news/geas-reform-im-eu-parlament-historischer-tiefpunkt-fuer-den-fluechtlingsschutz-in-europa/.
- 49 Schwörer, Jakob/Birke Daniels, Kristina: Erfolgsmodell oder Fallgrube? Die dänische sozialdemokratische Partei und ihre Migrationspolitik, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stockholm, Februar 2024, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/21030.pdf>.
- 50 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Engagement in der Flüchtlingshilfe. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter der deutschen Bevölkerung, Berlin 2017, www.bmfsfj.de/resource/blob/122010/d35ec9bf4a940ea49283485db4625aaf/engagement-in-der-fluechtlingshilfe-data.pdf.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 28

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Armin Kuhn

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Mai 2025

Autor: Gian Mecheril

Illustrationen: Johanna Gehring

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Andrej Holm

SCHÖNER DECKELN! **Mythen und Fakten zum** **bundesweiten Mietendeckel**

luxemburg argumente Nr. 27

Dezember 2024

48 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52966



Ulrich Schneider

UNSERE SOZIALE **HÄNGEMATTE** **Mythen und Fakten** **zum Bürgergeld**

luxemburg argumente Nr. 26

Dezember 2024

40 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52882

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

